

27. März 2014

Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung

Wer Bekämpfung und Prävention von Armut will, darf von Reichtum und vom generellen Auseinanderdriften der Einkommen und der Lebenswirklichkeiten nicht schweigen. Der enorm angewachsene private Reichtum einiger Weniger muss wieder geschmälert werden, die in Betrieben und Gesellschaft geschwächte Position der abhängig Beschäftigten wieder gestärkt werden, wenn Armut ernsthaft bekämpft werden soll. Armutsbekämpfung muss eingebettet sein in eine Politik des sozialen Zusammenhalts und eine Strategie gegen soziale Spaltung. Wenn die Bürgerschaft der Dramatik der Armutsentwicklung und der sozialen Spaltung durch einen eigenen Ausschuss Rechnung trägt, ist das eine wichtige Initiative. Das gilt umso mehr, wenn hier auch die Betroffenen zu Wort kommen und ihre Lebenswirklichkeit und ihre Erfahrungen einbringen können. Eine Strategie gegen Armut und soziale Spaltung muss aber mehr sein als eine unstrukturierte Sammlung von Maßnahmen, von denen erfahrungsgemäß der allergrößte Teil den nächsten Haushaltsberatungen zum Opfer fällt. Damit die Beratungen des Ausschusses nicht unverbindlich und folgenlos bleiben, müssen sie in ein Handlungskonzept münden. Es muss Prioritäten, Ziele und Zwischenziele benennen und auch deutlich machen, welche Ressourcen für welche Maßnahmen bewegt werden müssen.

Daher soll der Abschlussbericht des Ausschusses Eckpunkte für einen ressortübergreifenden, mit Zielen, Maßnahmen und Meilensteinen unterlegten Handlungsplan („Masterplan Armutsbekämpfung“) enthalten. Diese Maßnahmen sollen auch mit einer Abschätzung unterlegt sein, in welcher Größenordnung dafür finanzielle Mittel erforderlich sind.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Nach „Der Ausschuss legt der Bürgerschaft einen Abschlussbericht über das Ergebnis seiner Beratungen und der sich daraus ergebenden Konsequenzen vor.“ wird folgender Absatz eingefügt: „Der Bericht soll Eckpunkte für einen ressortübergreifenden, mit Zielen, Maßnahmen und Meilensteinen unterlegten Handlungsplan („Masterplan Armutsbekämpfung“) enthalten. Der Maßnahmenkatalog dieses Masterplans soll mit einer Bezifferung der dafür notwendigen Haushaltsmittel unterlegt werden.“

Peter Erlanson, Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

[zurück zu: Detail](#)

Quelle:

<http://www.linksfraktion-bremen.de/nc/buergerschaft/antraege/detail/artikel/ausschu>